

## Mehr Platz für Studierende im Perollesquartier

Der Grosse Rat hiess gestern einstimmig einen 4,7-Millionen-Kredit für die Renovierung des ehemaligen kantonalen Labors gut.

**FREIBURG** Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche und die Medizinische Fakultät der Universität Freiburg brauchen mehr Platz. Nun wird das frühere kantonale Laboratorium im Perollesquartier für sie renoviert. Der Grosse Rat stimmte gestern mit 78 zu null Stimmen einstimmig einem entsprechenden Kredit von 4,7 Millionen zu. Der Bund wird sich darüber hinaus mit einem Beitrag von rund einer halben Million Franken an diesem Vorhaben beteiligen.

Die Vorlage war unbestritten. Sämtliche Fraktionen sprachen sich für ein Eintreten aus. «Neue Studienprogramme und das dritte Studienjahr in Humanmedizin steigerten die Attraktivität der beiden betroffenen Fakultäten stark», begründete Erziehungsdirektor Jean-Pierre Siggen (CVP) den Platzbedarf. So sei die Zahl der Studentinnen und Studenten zwischen den Jahren 2001 und 2017 von 1114 auf 2010 gestiegen. Gleichzeitig habe auch die Zahl der Angestellten zugenommen. Eigentlich habe der Kanton ja einen Masterplan für den Perolles-Campus der Universität erarbeitet und einen «Science Tower» geplant. Dieser könne jedoch nicht so rasch wie gedacht umgesetzt werden, so Siggen. Deshalb müsse nun das renovierte Labor, das seit drei Jahren ungenutzt sei, in die Bresche springen. Das Gebäude wurde 1965 von der Firma Lonza gebaut und genutzt und 1983 vom Kanton Freiburg gekauft. jcg

## Das Gymnasium der Broye soll erweitert werden

**FREIBURG** Das Interkantonale Gymnasium der Region Broye (GYB) wurde 2005 für 850 Schüler gebaut. Seither sind die Zahlen stark angestiegen, auf derzeit fast 1500 Schülerinnen und Schüler. Nun soll das Gymnasium erweitert werden. Mit 79 zu null Stimmen stimmte das Kantonsparlament gestern einstimmig einem entsprechenden Kredit von 14,5 Millionen Franken zu, wobei sich sämtliche Fraktionen diskussionslos für ein Eintreten auf die Vorlage ausgesprochen hatten.

Insgesamt kostet die Erweiterung des GYB rund 29 Millionen Franken. Die beiden beteiligten Kantone Waadt und Freiburg tragen die Kosten je zur Hälfte. Wie die Berichterstatterin, Grossrätin Solange Berset (SP, Belfaux), gegenüber den FN bemerkte, steht die Entscheidung im Grossen Rat des Kantons Waadt noch aus. Sie werde erst in dessen Oktobersession erfolgen. «Das System funktioniert in der Waadt etwas anders», sagte Berset. «Ein solches Geschäft wird dort erst vor den Grossen Rat gebracht, wenn alle Kosten feststehen.» Sollte das Waadtländer Kantonsparlament seine Kreditvorlage ablehnen – was niemand erwarte –, so werde auch der gestrige Entscheid des Freiburger Grossen Rats hinfällig, so Berset. jcg

# Sind die Sensler Stiefkinder des Staats?

Bei der grossrätlichen Debatte um die Mobilität im kantonalen Richtplan bewegte die aus dem Plan gekippte Ausfahrt Friseneit die Deutschfreiburger Abgeordneten am meisten. Ändern konnten sie indes nichts mehr.

Jean-Claude Goldschmid

**FREIBURG** Zwei Tage in Folge beschäftigte sich der Grosse Rat mit dem kantonalen Richtplan – dies, obwohl der Plan dem Kantonsparlament lediglich zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde. Gestern fanden die Diskussion mit den Ausführungen zum Thema Mobilität ihren Abschluss. Im Zentrum stand dabei neben den Themen Velofahrer und Langsamverkehr sowie Bahnhof Rosé

**«Der Staatsrat schliesst mutwillig das Fenster für mögliche Planungsarbeiten während der nächsten 15 Jahre.»**

Emanuel Waeber  
Grossrat (SVP, St. Antoni)

vor allem die Autobahnausfahrt Friseneit bei Böisingen, die der Staatsrat diesen Sommer aus dem Richtplan gekippt hatte. Es ging auch um die Verkehrsplanung im Sense-Unterland im Allgemeinen.

**«Es fehlt an Visionen»**

Grossrat Emanuel Waeber (SVP, St. Antoni) äusserte sein Bedauern darüber, dass der Staatsrat das Projekt aus dem Richtplan entfernt hat. «Es fehlt dem Staatsrat an Visionen», so Waeber. «Sein Vorgehen ist ein Affront gegenüber dem Sensebezirk, der zum wiederholten Mal ein stiefmütterliches Dasein fristet.» Der Autobahnanchluss Friseneit hätte laut Waeber in einer überarbeiteten Version mit Anschluss in Fillistorf und unter Einbezug des längerfristig zu ersetzenden Autobahnviadukts in Flamatt die Umfahrung Düringen und die Verbindung Birch-Luggiwil ersetzen können. «An die Realisierung dieser beiden Projekte glaubt mittlerweile im Sensebezirk niemand mehr», so Waeber.



Die Friseneit-Ausfahrt ist schon seit weit über einem Jahrzehnt ein Thema. Bis zu einer allfälligen Realisierung geht es aber noch lange.

Bild aef/a

Der SVP-Fraktionschef fragte sich auch, ob der Staatsrat hier einfach die «ungefilterte und unkritische Stellungnahme» des Bundesamts für Strassen übernommen habe. Ähnliche Projekte seien in der Schweiz bereits realisiert worden, so in Sarnen, in Liestal oder im aargauischen Oberwil-Lieli. Im Gebiet von Buchrain und Ebikon im Kanton Luzern seien gar drei Zufahrten innerhalb von nur 9,5 Kilometern erstellt worden, während die Distanz zwischen Düringen und Flamatt elf Kilometer betrage. «Mit der Nichtberücksichtigung des Friseneit-Projekts schliesst der Staatsrat mutwillig das Fenster für mögliche Planungsarbeiten während der nächsten 15 Jahre», so Waeber.

**«Nicht so kurzfristig sein»**

Ursula Krattinger-Jutzet (SP, Düringen) widersprach Waeb-

er. «Ich finde nicht, dass der Sensebezirk beim Verkehr stiefmütterlich behandelt wird», sagte sie. «Im Gegenteil: Die Busverbindungen sind markant besser worden, und auch bei den Strassensanierungen wurde viel unternommen.» Zur Friseneit-Ausfahrt bemerkte Krattinger: «Man kann nicht so kurzfristig sein und dies als einzige Lösung sehen, um Flamatt zu entlasten.» Mit dieser Ausfahrt würde man das Verkehrsproblem nur nach Schritten verlagern, das den Verkehr nicht aufnehmen könne.

Pointiert äusserte sich Christa Mutter (Grüne, Freiburg). Sie begrüsste ebenso wie Krattinger die Absicht des Staatsrats, eine neue Studie über den Verkehr im Sense-Unterland in Auftrag zu geben, bevor allenfalls ein neues Friseneit-Projekt in Angriff genommen werde. Mutter

forderte aber, auch die Umfahrung Düringen aus dem Richtplan herauszulösen. «Das wäre gerecht im Hinblick auf diese Gesamtschau», so die grüne Grossrätin. Die Gemeinde Düringen habe die Verkehrsdiskussion in der Region in den vergangenen Jahren bereits dominiert und bekomme ja die Verbindung Birch-Luggiwil.

**Fillistorf und Bundtels**

«Klar ist, dass wir im ganzen Sensebezirk vor grossen verkehrstechnischen Herausforderungen stehen», sagte Baudirektor Jean-François Steiert (SP). Was aber die Friseneit-Ausfahrt der Region wirklich für Vorteile bringen würde, könne gegenwärtig niemand sagen. Es gelte nun wirklich, die Ergebnisse der erwähnten Studie zum Verkehr im unteren Sensebezirk abzuwarten. Es stünden noch die Varianten

einer Ausfahrt in Fillistorf oder einer Teilausfahrt in Bundtels in Richtung Murten im Raum.

Zu den insgesamt sieben geplanten kantonalen Umfahrungsstrassen sagte Steiert: «Wir können im kantonalen Richtplan Beschlüsse des Grossen Rats nicht zurückbuchstabieren.» Diesen Sommer habe der Staatsrat eine Steuerungsgruppe für die Umsetzung dieser Umfahrungsstrassen eingesetzt. Denn es sei sinnvoll, diese sieben Projekte nicht alle gleichzeitig umzusetzen.

Diesen Herbst werde er einen entsprechenden Bericht zur Priorisierungsarbeit dieser Steuerungsgruppe vorlegen. Frühestens in anderthalb Jahren würden die ersten entsprechenden Planungskredite vor den Grossen Rat kommen. Die Ausfahrt Friseneit habe mit dieser Thematik aber nichts zu tun.

## Polen-Pläne der Loterie Romande verurteilt

Der Grosse Rat schliesst sich mit einer Resolution dem Westschweizer Protest gegen eine Auslagerung von Stellen der Loterie Romande nach Polen an.

**FREIBURG** Mehrere Westschweizer Kantone kritisieren derzeit die Loterie Romande wegen ihres Entscheids, einen Teil der Informatikdienste nach Polen zu verlegen. Mit 86 zu null Stimmen verabschiedete der Grosse Rat gestern einstimmig eine entsprechende Resolution gegen diese Reorganisation, die von den fünf Fraktionschefs gemeinsam eingereicht worden war. Auch der Grosse Rat des Kantons Wallis verabschiedete gestern eine analoge Resolution. Der jurassische Grosse Rat hatte sich bereits letzte Woche unzufrieden über den Entscheid der Loterie Romande gezeigt. Im Waadtländer Parlament wurde das Thema zwar disku-

tiert, es wurde aber nicht darüber abgestimmt.

Die gestrige Debatte im Freiburger Rathaus machte deutlich, wie sehr dieses Thema die Abgeordneten quer durch alle Parteigrenzen bewegte. «Diese Auslagerungspläne sind schockierend und inakzeptabel», sagte André Schoenenweid (CVP, Freiburg). «Wir verlangen, dass diese Arbeitsplätze in der Schweiz bleiben», ergänzte David Bonny (SP, Prezvers-Noréaz). Nicolas Bürgisser (FDP, Giffers) fragte sich, wie der Staat die Loterie Romande unter diesen Umständen vor den «grossen Lotterien des Auslands» schützen solle. Emanuel Waeber (SVP, St. Antoni) fragte nach der Verantwortlichkeit des Verwaltungsrats der Loterie Romande. Und Benoît Rey (Mitte links – CSP) erinnerte seitens der Mitte-links-Grün-Fraktion daran, dass die Einnahmen der Lotterie von Schweizer Kunden stammen. jcg/sda

## Gegen «Geissel» der Gesellschaft

Das Kantonsparlament stimmte gestern einstimmig einer Motion aus dem Jahr 2016 zu, die den Kampf gegen die Schwarzarbeit intensivieren möchte.

Jean-Claude Goldschmid

**FREIBURG** Schwarzarbeit und ihre Folgen kosten den Kanton Freiburg jährlich schätzungsweise eine Milliarde Franken. Gestern setzte der Grosse Rat ein unmissverständliches Zeichen gegen diese «Geissel» der Gesellschaft, wie das Phänomen von diversen Votanten bezeichnet wurde. Mit 90 zu null Stimmen erklärte er eine Motion zum Thema einstimmig für dringlich. Eingereicht wurde der Vorstoss bereits im Juni 2016, und zwar von Grossrat Jean-Daniel Wicht (FDP, Villars-sur-Glâne) und Alt-Grossrat Jacques Vial (CVP, Le Mouret).

**Aufteilung wurde abgelehnt**

Den Vorschlag des Staatsrats, die Motion aufzuteilen, gottierten die Abgeordneten allerdings gar nicht. Die Kantonsregierung wollte die Verschärfung der Möglichkeit für

die Inspektoren, den Zugang zu einer Baustelle vorübergehend zu verbieten, gesondert behandeln. Dies, weil Letztere keine gesetzliche Änderung verlangen würden. Auch war der Staatsrat der Ansicht, dass sich diese Forderungen bereits in Umsetzung befinden oder durch die Massnahmen abgedeckt werden, die sich durch die Vorschläge der betreffenden interdisziplinären Arbeitsgruppe ergeben. Sämtliche Fraktionen stimmten der Motion als Ganzes zu, lehnten aber ihre vom Staatsrat gewünschte Aufteilung ab. Selbst Volkswirtschaftsdirektor Olivier Curty (CVP) musste in seinem abschliessenden Votum dazu einräumen, dass die Kantonsregierung diese Aufteilung nur aus «formalen Gründen» vorgeschlagen wurde. Sie wurde vom Ratplenum denn auch mit 89 zu null Stimmen bei einer Enthaltung diskussionslos abgelehnt.

In seiner ersten Session hat sich der frischgebackene Grossrat und Unia-Regionalsekretär Armand Jaquier (SP, Romont) bereits sehr aktiv und lebhaft in die Diskussion eingebracht. «Schwarzarbeit betrifft uns alle», sagte er.

Problematisch sei in diesem Zusammenhang vor allem die Untervergabe von Aufträgen durch Bau- und Handwerksunternehmen. Dieses Phänomen gelte es zu begrenzen. Wichtig sei aber auch, dass die Bauherren, die Gebietskörperschaften und die Gemeindeverbände ihre Verantwortung in diesem Bereich wahrnehmen würden.

Nicolas Bürgisser (FDP, Giffers) widersprach dem und lehnte es ab, dass Bauherren für Schwarzarbeit verantwortlich gemacht werden können. Dies sei vor allem bei Privatpersonen, die ein Einfamilienhaus bauen, nicht unproblematisch.